



Foto: Mediterraneo/fotolia

Mit Unterstützung können an Demenz erkrankte Menschen ihren Alltag weiterhin selbst gestalten.

Zum Welt-Alzheimerstag startet eine Nationale Demenzstrategie

## „Demenz – dabei und mittendrin“

Auch in diesem Jahr fand am 21. September wieder der Welt-Alzheimerstag statt. Hierbei machten zahlreiche Aktionen auf die Situation von Betroffenen und Angehörigen aufmerksam. Parallel hierzu gab die Politik den Startschuss für die Entwicklung einer „Nationalen Demenzstrategie“. Sie soll die Lebensqualität von Menschen mit Demenz nachhaltig verbessern.

In Deutschland stand der Welt-Alzheimerstag in diesem Jahr unter dem Motto „Demenz – dabei und mittendrin“. Damit legte er das Augenmerk bewusst auf eine Teilhabe Erkrankter am gesellschaftlichen Leben. Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen möchten ihren Alltag möglichst weiterhin selbst gestalten und im Freundeskreis oder in der Gemeinde aktiv bleiben. Hierfür sind sie jedoch auf Unterstützung angewiesen.

### Unterstützung im Alltag

„Menschen mit Demenz hilft es, wenn alle, die ihnen im Alltag begegnen, etwas über die Erkrankung wissen“, sagt Monika Kaus, Vorsitzende der Deutschen Alzheimer Gesell-

schaft (DAzG), „das gilt für Familienangehörige ebenso wie für Nachbarn, Freunde oder den Verkäufer im Supermarkt“. Mit einer entsprechenden Aufklärung beschäftigte sich in den letzten Jahren die „Allianz für Menschen mit Demenz“, ein Zusammenschluss diverser Verbände und politischer Institutionen.

### Nationale Demenzstrategie

Aufbauend auf einer Bilanz der bisher geleisteten Arbeit starteten Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey (SPD) und Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) die Entwicklung einer „Nationalen Demenzstrategie“. Diese soll die Rahmenbedingungen bundesweit verbessern und ei-

ne gleich hohe Qualität bei den Anlaufstellen vor Ort schaffen.

### Krankheit ist kein Tabu

Bundesfamilienministerin Giffey unterstrich die Wichtigkeit von Unterstützungsangeboten: „Demenz kann jede und jeden von uns treffen. Die Diagnose darf nicht dazu führen, dass Menschen von der Gesellschaft ausgeschlossen werden.“ Ähnlich äußerte sich Bundesgesundheitsminister Spahn: „Menschen mit Demenz und ihre Familien gehören in die Mitte der Gesellschaft. Es darf kein Tabu mehr sein, über Demenz zu sprechen.“

In Deutschland leben 1,7 Millionen Menschen mit Demenz. Jährlich kommen etwa 300 000 Neuerkrankungen hinzu. job

Großdemonstration am 13. Oktober angekündigt

## Bündnis „Solidarität statt Ausgrenzung“ gegründet

Ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis ruft für den 13. Oktober 2018 um 13 Uhr zu einer Großdemonstration in Berlin auf. Unter dem Motto „Solidarität statt Ausgrenzung“ soll von der Kundgebung ein starkes Signal für eine freie, offene und solidarische Gesellschaft ausgehen, in der Menschenrechte unteilbar sind.

Gegen Rassismus, gegen Menschenverachtung, gegen den Rechtsruck in unserer Gesellschaft – so lauten die Schlagworte im Aufruf zur Großdemonstration. Aktuell unterstützen bereits über 450 Organisationen und Verbände, Migranten-/-innenorganisationen, Geflüchteteninitiativen und prominente Einzelpersonen das Bündnis namens #unteilbar.

In dem Aufruf zur Demonstration heißt es: „Wir lassen nicht zu, dass Sozialstaat, Flucht und Migration gegeneinander ausgespielt werden. Wir halten dagegen, wenn Grund- und Freiheitsrechte weiter eingeschränkt werden sollen.“ Gemeint seien damit gleichermaßen die Kriminalisierung der Seenotrettung, das umstrittene bayerische Polizeigesetz, der Abbau des Sozialstaats oder die Wohnungsnot, um nur einige der Inhalte zu nennen. So begründen die Veranstalterinnen und Veranstalter den Aufruf in verschiedenen Veröffentlichungen.

Die Anliegen und Forderungen des Bündnisses sind im Aufruf „#unteilbar. Für eine offene und freie Gesellschaft – Solidarität statt Ausgrenzung“ zusammengefasst. Der Aufrufstext und Einzelheiten zur Demonstration stehen unter: [www.unteilbar.org](http://www.unteilbar.org) im Internet.

Website informiert über Neuregelungen

## Pflege: Online-Infos zur Qualitätssicherung

Wie wird künftig eine neue Qualitätsprüfung in der stationären und ambulanten Pflege aussehen? Wie können sich Träger und Einrichtungen darauf vorbereiten? Der Qualitätsausschuss Pflege hat dazu jetzt eine Internetseite ins Leben gerufen.

Ziel sei es, über den aktuellen Stand der künftigen Qualitätsprüfungen und der neuen Form der Qualitätsdarstellung transparent zu informieren, teilte die Geschäftsstelle Qualitätsausschuss Pflege mit. Die Adresse lautet: [www.gs-qa-pflege.de](http://www.gs-qa-pflege.de).

Hintergrund ist: Mit dem zweiten Pflegestärkungsgesetz hat der Ausschuss die Aufgabe erhalten, die Qualitätssicherung in der Pflege neu zu regeln.

## SoVD im Gespräch

### Austausch über die berufliche Bildung

Zu einem Kennenlerngespräch kamen Vertreterinnen und Vertreter der Bundesarbeitsgemeinschaft der Berufsbildungswerke (BAGBBW) und des Sozialverband Deutschland (SoVD) zusammen.

An dem Dialog nahmen seitens der BAG BBW Tobias Schmidt (Vorstandsvorsitzender, BBW Leipzig) und Tanja Ergin (Geschäftsführerin) sowie seitens des SoVD Adolf Bauer (Präsident), Stephanie Rinke (Bundesgeschäftsführerin), Fabian Müller-Zetsche (Leiter der Abteilung Sozialpo-

litik im SoVD-Bundesverband) und Stefanie Lausch (persönliche Referentin des Präsidenten) teil. Hintergrund des Treffens auf Initiative des SoVD war die Neubesetzung der BAG-BBW-Geschäftsführung durch Tanja Ergin im November 2017 wie auch die Neuwahl von Tobias Schmidt zum Vorstandsvorsitzenden im Mai 2018.

Adolf Bauer stellte den SoVD kurz vor und verwies auf die besonderen Ziele des Verbandes und auf dessen Berufsbildungswerke. Er verdeutlichte, dass sich die Arbeit der verbandseigenen Berufsbildungswerke nicht immer einfach gestalten. Das Ringen um eine auskömmliche Monatsvergütung, die verlässliche Strukturierung des Personalschlüssels und der Rückgang

an Zuweisungen durch die Bundesagentur für Arbeit (BA) seien nur einige Beispiele für potenzielle Schwierigkeiten.

Tobias Schmidt führte aus, dass die BAG BBW kein originärer Dach- oder Spitzenverband sei, sondern sich vielmehr als Qualitätsgemeinschaft verstehe.

Man einigte sich darauf, Themen von gemeinsamem Interesse vernetzt zu begleiten und Ideen etwa für zukünftige Gesetzgebungsvorschläge zusammen in die Öffentlichkeit zu transportieren. Als Themen identifizierte die BAG BBW die Öffnung der BBWs für neue Zielgruppen und der SoVD die Durchlässigkeit der Werkstätten für Menschen mit Behinderung wie auch die Anhebung der Beschäftigungsquote.



Foto: Wolfgang Borrs

Treffen in äußerst vertrauensvoller und konstruktiver Atmosphäre (v. li.): SoVD-Präsident Adolf Bauer, BAG-BBW-Geschäftsführerin Tanja Ergin, SoVD-Bundesgeschäftsführerin Stephanie Rinke und BAG-BBW-Vorstandsvorsitzender Tobias Schmidt.